

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft

zu der Mitteilung des Rechnungshofs vom 7. Juli 2011 – Drucksache 15/123

Denkschrift 2011 zur Haushaltsrechnung 2009; hier: Beitrag Nr. 23 – Gästehäuser der Universitäten

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen:

- I. Von der Mitteilung des Rechnungshofs vom 7. Juli 2011 zu Beitrag Nr. 23 – Drucksache 15/123 – Kenntnis zu nehmen.
- II. Die Landesregierung zu ersuchen,
 1. auf die Universitäten mit dem Ziel einzuwirken, dass diese
 - a) ihren Bestand an Gästewohnungen kritisch überprüfen,
 - b) die Mietpreise für Gästewohnungen kostendeckend kalkulieren,
 - c) durch Kostensenkung und Verbesserung der Auslastung die Wirtschaftlichkeit der Gästewohnungen verbessern und
 - d) Zuschüsse für Gastwissenschaftler, die Gästewohnungen in Anspruch nehmen, künftig offen ausweisen;
 2. dem Landtag bis zum 31. Dezember 2012 über das Veranlasste zu berichten.

09. 12. 2011

Der Berichterstatter:

Dr. Reinhold Löffler

Die Vorsitzende:

Tanja Gönner

Ausgegeben: 20. 01. 2012

*Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet
abrufbar unter: www.landtag-bw.de/Dokumente*

Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.

Bericht

Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft beriet die Mitteilung Drucksache 15/123 in seiner 7. Sitzung am 9. Dezember 2011.

Der Berichterstatter für den Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft bemerkte, die Universitäten Freiburg, Heidelberg, Konstanz, Mannheim und Tübingen hielten für ausländische Gastwissenschaftler Gästehäuser mit möblierten Wohnungen vor. Der Rechnungshof und die Staatlichen Rechnungsprüfungsämter hätten in den letzten Jahren die Wirtschaftlichkeit dieser Gästehäuser geprüft und dabei einige Mängel festgestellt. So seien die Kosten der Wohnungen nicht an allen Standorten vollständig erfasst worden. Teilweise sei die Auslastung der Wohnungen zu gering gewesen. Bei fast allen Häusern deckten die Mieteinnahmen nur einen Teil der Gesamtkosten.

Die betroffenen Universitäten hätten aus den Prüfungen des Rechnungshofs Konsequenzen gezogen. Beispielsweise seien die Auslastung und die Mieten erhöht worden. Der Rechnungshof schlage u. a. vor, die Kostenrechnung weiter zu verbessern.

Er lege dem Ausschuss nahe, der vom Rechnungshof angeregten Beschlussempfehlung an das Plenum (*Anlage*) zu folgen.

Ein Abgeordneter der Grünen betonte, die Auslastung der Gästehäuser der Universitäten sei schwierig. Darin liege das Grundsatzproblem. Dennoch teile er die Sichtweise von Rechnungshof und Wissenschaftsministerium und sei dankbar für deren Haltung, dass für den Betrieb der Gästehäuser keine Alternative bestehe.

Ein rein ökonomischer Ansatz, der nur auf die Höhe von Einnahmen und Ausgaben abhebe, trage bei diesen Gästehäusern nicht. Die Wohnungen würden oft von Gastwissenschaftlern aus dem Ausland belegt. Bei Tätigkeiten im internationalen Bereich wiederum gehe es auch um Know-how und Wissenstransfer. Dies schlage sich an anderer Stelle viel deutlicher nieder als in einer rein betriebswirtschaftlichen Rechnung.

In dem vorliegenden Denkschriftbeitrag des Rechnungshofs finde sich u. a. folgende Aussage:

Die Auslastung der Gästehäuser ... lag ... deutlich unter dem nach den Erfahrungen des Rechnungshofs realistischen Zielwert von 84 Prozent.

Er fragte, woher dieser Wert stamme, und wies darauf hin, dass seine Fraktion dem Beschlussvorschlag des Rechnungshofs zustimme.

Ein Abgeordneter der SPD erklärte, er könne sich den Darlegungen seines Vordrängers anschließen, insbesondere was die Bedeutung der Gästehäuser betreffe. Die SPD sei den betroffenen Universitäten dankbar, dass sie aus den Prüfungen des Rechnungshofs bereits Konsequenzen gezogen hätten. Wichtig sei auch der Hinweis des Rechnungshofs, dass die Kostentransparenz weiter verbessert werden müsse, auch wenn dies nicht im Mittelpunkt des Ganzen stehe. Die SPD trage den Beschlussvorschlag des Rechnungshofs ebenfalls mit.

Ein Vertreter des Rechnungshofs legte dar, es gehe tatsächlich darum, eine gewisse ökonomische Disziplinierung zu erreichen. Die Gästehäuser insgesamt sollten strategisch aber nicht infrage gestellt werden. Auch an Standorten mit ausgeprägter Hotelszene bestünden gute Argumente für die Notwendigkeit von Gästehäusern. Diese sollten allerdings ausgelastet sein.

Im Dezember beispielsweise sei es wegen der Weihnachtszeit schwierig, die Gästehäuser voll auszulasten. Auch ergäben sich während eines Jahres Übergangszeiten von einem Mieter zum nächsten. Vor diesem Hintergrund sei der Rechnungshof auch nach Diskussionen mit Betreibern der Gästehäuser zu der Erkenntnis gelangt, dass die Gästewohnungen an insgesamt zwei Monaten im Jahr nicht belegt seien. Dies bedeute umgekehrt eine Auslastung der Gästehäuser an zehn von zwölf Monaten. Aus diesem Verhältnis errechne sich der von dem Abgeordneten der Grü-

nen aufgegriffene Zielwert von 84 %. Dabei handle es sich im Übrigen genau um den Wert, den die Universität Mannheim, die vielleicht am betriebswirtschaftlichsten aufgestellt sei, anstrebe und immer erreiche. Auch dies spreche dafür, dass 84 % eine realistische Annahme bildeten.

Schließlich erhob der Ausschuss die Anregung des Rechnungshofs (*Anlage*) einstimmig zur Beschlussempfehlung an das Plenum.

18. 01. 2012

Dr. Reinhard Löffler

Anlage

**Rechnungshof
Baden-Württemberg**

**Denkschrift 2011
Beitrag Nr. 23/Seite 157**

Anregung

**für eine Beschlussempfehlung
des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft**

zu der Mitteilung des Rechnungshofs vom 7. Juli 2011 – Drucksache 15/123

**Denkschrift 2011 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung
des Landes Baden-Württemberg;
hier: Beitrag Nr. 23 – Gästehäuser der Universitäten**

Der Landtag wolle beschließen:

- I. Von der Mitteilung des Rechnungshofs vom 7. Juli 2011 zu Beitrag Nr. 23 – Drucksache 15/123 – Kenntnis zu nehmen.
- II. Die Landesregierung zu ersuchen,
 1. auf die Universitäten mit dem Ziel einzuwirken, dass diese
 - a) ihren Bestand an Gästewohnungen kritisch überprüfen,
 - b) die Mietpreise für Gästewohnungen kostendeckend kalkulieren,
 - c) durch Kostensenkung und Verbesserung der Auslastung die Wirtschaftlichkeit der Gästewohnungen verbessern und
 - d) Zuschüsse für Gastwissenschaftler, die Gästewohnungen in Anspruch nehmen, künftig offen ausweisen;
 2. dem Landtag bis zum 31. Dezember 2012 über das Veranlasste zu berichten.

Karlsruhe, 8. September 2011

gez. Max Munding

gez. Andreas Knapp